



**mouvement
écologique**

LUXEMBURG BRAUCHT EINE DEBATTE ÜBER NACHHALTIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK!



**Die Rifkin-Studie allein kann
keinen Maßstab darstellen!**

Stellungnahme des Mouvement Ecologique

Februar 2018

In den vergangenen Wochen kam Schwung in die Diskussionen rund um die Thematik des Wirtschaftswachstums. Umso wichtiger ist es, dass das verstärkte Bewusstsein für die Bedeutung der Thematik auch zu konkreten Entscheidungen führt und es nicht bei generellen Verlautbarungen und Absichtserklärungen bleibt.

Angesichts der Bedeutung der Debatte wird der Mouvement Ecologique in den kommenden Wochen und Monaten Veranstaltungen und Diskussionsrunden zum Thema organisieren.

Zu diesem Zeitpunkt möchte der Mouvement Ecologique aufgrund der rezenten Entwicklungen folgenden Input in die Debatte einbringen:



Joghurtfabrik, Steinwollefabrik, Google ...: problematische Projekte, Symptome einer fragwürdigen Wirtschaftspolitik

Aufhänger für die derzeitigen Debatten sind vor allem drei industrielle Projekte. Diese Betriebe sind - in unterschiedlichen Ausmaßen - höchst problematisch. Sei es der erhebliche Land-, Energie- und / oder Wasserverbrauch oder wie im Falle der Steinwollefabrik, die zu befürchtenden hohen Schadstoffemissionen. Und sie werfen auch grundsätzliche Fragen darüber auf, welche Diversifizierungspolitik wir anstreben.

Insofern führten sie nicht ohne Grund zu einer Kontroverse zwischen dem Wirtschaftsminister und dem Nachhaltigkeitsminister bzw. der Umweltministerin.

Die Einwände der Vertreter des Nachhaltigkeitsministeriums werden vom Mouvement Ecologique geteilt. Dass der Wirtschaftsminister überhaupt derartige Ansiedlungen als zukunftsweisend darzustellen vermochte, zeigt den erheblichen Diskussionbedarf auf, wenn es gilt die „nachhaltige Entwicklung“ in der politischen Praxis umzusetzen. Dies umso mehr, als die Joghurt-Fabrik z.B. sowohl von landwirtschaftlicher Seite (sic!) als auch von Gemeinde Seite mit sehr begründeten Argumenten in Frage gestellt wird.

Nach dem Schlagabtausch zwischen Umwelt- und Wirtschafts-

ministerium entstand nun der Eindruck, als ob wieder eine gewisse Einigkeit herrschen würde und die „neue“ Ausrichtung der Wirtschaftspolitik darin bestehen würde, in Zukunft wirtschaftliche Projekte in einem früheren Stadium auf ihre „Rifkin-Konformität“ zu hinterfragen.

Es wäre jedoch ein völliger Trugschluss nun so zu tun, als ob damit allein eine Antwort auf die Wachstumsfrage bzw. die Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung gefunden wäre.

Der Anspruch der „Rifkin-Konformität“ ist in der Tat nicht der Wahrheit letzter Schluss. Es geht vielmehr weiterhin darum, im **Rahmen der Wachstumsfrage, eine öffentliche Grundsatzdebatte über die wünschenswerte wirtschaftliche Entwicklung Luxemburgs zu führen.** In diesem Rahmen sollten klare Leitlinien, die den Kriterien der Nachhaltigkeit entsprechen, für den Wirtschaftsstandort Luxemburg entwickelt werden. Diese müssen auch interministeriell, im Besonderen zwischen Wirtschafts- und Nachhaltigkeitsministerium, geklärt und umgesetzt werden. Die Orientierungen des Rifkin-Prozesses können sicher einen Teil dazu beitragen, der Anspruch muss jedoch weit darüber hinaus reichen.



Die Wachstumsfrage wird die prägende Frage auch im Rahmen der Nationalwahlen werden! Dabei sollten aber die wesentlichen Grundfragen gestellt werden: Welches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell streben wir an? Und nicht die so wichtige Debatte mit Aussagen wie „rifkin-konform“ oder nicht übertüncht werden. Denn die Probleme der Mobilitätsplanung, des Wohnungsbaus ... die aus einem weiteren Wachstum resultieren würden, lassen sich nicht mit einer Aussage, wie „rifkin-konform“, aus dem Wege schaffen...



Einzelne Betriebe darauf zu testen, ob sie „rifkin-konform“ sind oder nicht, greift zu kurz. Denn die Rifkin-Strategie geht von einem erheblichen Wachstum der Bevölkerung, der Arbeitsplätze und der Grenzgänger aus. Unser Land verträgt dieses Wachstum, so die grundsätzliche Überzeugung des Mouvement Ecologique, nicht!

Die Auffassung, der Begriff „rifkin-konform oder nicht“ wäre eine ausreichende Leitlinie für die Luxemburger Wirtschafts- und Standortpolitik, greift zu kurz:

2.1. Rifkin-Strategie stellt die Wachstumsfrage nicht

Die Rifkin-Studie geht weiterhin von einem erheblichen Wachstum bis 2050 aus:

- einer Steigerung der Einwohnerzahl von heute knapp 600.000 Einwohnern auf über 1 Million Einwohner;
- einem Anwachsen der Arbeitsplätze von derzeit 415.000 auf 755.000 und
- einem Anstieg der Grenzpenderler von derzeit 175.000 auf 320.000.

Und auch wenn die Regierung, wie im Rifkin-Dokument angedeutet, vor allem weniger arbeitsintensivere Betriebe fördern will: an diesen grundsätzlichen Wachstumsprognosen - die aus der Rifkin-Studie selbst stammen - ändert dieses Prinzip entsprechend nichts. Diese Entwicklungsdaten werden weiterhin als „gegeben“ angenommen und nicht - in ihren vielfältigen Folgewirkungen - von Regierungskreisen hinterfragt.

Dabei steht doch gerade zur Diskussion, ob Luxemburg dieses Anwachsen angesichts z.B. der bereits heute bestehenden Mobilitätsprobleme, der Wohnungsnot bzw. der notwendigen zusätzlichen Infrastrukturen, der zunehmenden Zersiedlung der Landschaft und Abnahme der Biodiversität überhaupt „verdauen“ kann und ob dies gesellschaftlich erwünscht ist?

Dieses bleibt die zentrale Fragestellung, über derzeit besonders medial diskutierte Einzelprojekte hinaus!

Die Philosophie der Rifkin-Konformität von Betrieben gibt allein keine Antwort auf die Wachstumsfrage!

2.2. Die Rifkin-Studie ist recht blind auf dem ökologischen Auge!

Kommt hinzu, dass die Rifkin-Studie keine zufriedenstellende Basis für die Beurteilung bietet, ob ein Betrieb aus ökologischer Sicht verträglich ist oder nicht - und ob er aus sozialpolitischer bzw. regionalwirtschaftlicher Sicht einen wünschenswerten Mehrwert darstellt!

Die Aussage, die Projekte einer Joghurt- bzw. einer Steinwolle-Fabrik wären schon vor der Rifkin-Studie angelaufen und würden ggf. heute anders bewertet werden, ist entsprechend unglaubwürdig!

Denn die Vorgaben der Rifkin-Strategie sind zu vage, zu allgemein, u.a. was ökologische Belange betrifft. Außer dem Bekenntnis zur „circular economy“, zur Energieeffizienz oder zum Ziel von 100% Biolandbau fehlt es in der Studie vielfach an verbindlichen Zielen bzw. Leitplanken der nachhaltigen Entwicklung aus ökologischer und auch aus sozialer Sicht. Die Rifkin-Strategie

- **benennt keine Parameter für eine notwendige Begrenzung der Belastung des Umweltraumes**, seien es Emissionen, Wasser- und Energie- oder aber Landverbrauch.
- **stellt keine klare Spielregeln auf, welchen Kriterien ein Betrieb, der sich neu ansiedeln bzw. ausbauen möchte, entsprechen muss**. Dass landwirtschaftliche Akteure dem Wirtschaftsminister energisch widersprechen müssen, wenn dieser behauptet, die Joghurt-Fabrik stelle einen Mehrwert für die Luxemburger Landwirtschaft dar, ist - wie bereits angeführt - symptomatisch;
- **benennt keine konkreten juristischen, steuerlichen, finanziellen oder sonstigen Instrumente**, um die Ansiedlung von Betrieben aufgrund klarer wirtschafts- und umweltpolitischer Leitlinien zu steuern... und dies auch konkret in die Praxis umsetzen zu können;
- **benennt ebenfalls keine Parameter, um den langfristigen Mehrwert aus (regional-) wirtschaftlicher, sozialpolitischer und budgetärer Sicht zu werten...**

Nur angesichts dieser Mankos ist es auch zu erklären, dass ein Betrieb wie Google trotz erheblichem Land- und Energieverbrauch (und gemäß derzeit bekannter Technologie auch Wasserverbrauch) als Rifkin-konform dargestellt werden kann. Zudem ist unklar, welche steuerlichen Einnahmen auf Dauer für den Staatshaushalt generiert werden, da auf europäischer Ebene eine große Anzahl von Mitgliedsstaaten sich für Änderungen in der Besteuerung von Firmen im Internetbereich einsetzen.

Exkurs: Würde man den beim Google-Projekt entstehenden Flächenverbrauch pro Arbeitsplatz auf alle Arbeitsplätze extrapolieren, die gemäß Rifkin in Luxemburg zusätzlich entstehen sollen (d.h. eine Zunahme von 192.000 Arbeitsplätzen bis 2030), so würde dies schätzungsweise einen Landverbrauch von 15.936 ha bedeuten (bei derzeit geplanten 723 ha im Rahmen der Landesplanung...).

2.3. Rifkin-Strategie: keine Aussage über den gesellschaftlichen Mehrwert eines Betriebes

Die Rifkin-Debatte entlässt uns ebenfalls nicht aus der Diskussion, welche wirtschaftliche Diversifizierung **gesellschaftlich** erwünscht ist und welchen Mehrwert aus sozialpolitischer und budgetärer Sicht angestrebt wird.

Von Regierungsseite wird dargelegt, die Ansiedelung von Google und anderen Firmen im Bereich der Digitalisierung wären positiverweise weniger arbeitsplatz-intensiv und insofern besonders begrüßenswert. Hervorgehoben wird, dass sie jedoch einen hohen Mehrwert für unser Land ergeben würden.

Wobei vor allem bei Google auffällt, dass der finanzielle Mehrwert primär in Zusammenhang mit den Direktinvestitionen (1 Mia €) genannt wird. **Welches jedoch der mittel- bis langfristig zu erwartende ökonomische Nutzen von Google für unser Land sein könnte, wurde bisher - zumindest in der Öffentlichkeit - kaum dargelegt.**

Kommt hinzu: eine ganze Reihe von EU-Mitgliedsstaaten - und auch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker - setzen sich für eine stärkere Besteuerung der Firmen im Internet-Bereich ein. Es dürfe nicht sein, dass Betriebe mit derartigen Gewinnmargen derart geringe Steuern zahlen.

Welcher Nutzen ist von Google zu erwarten, neben dem Imagegewinn und der eventuellen Anziehungskraft für weitere Firmen in diesem Bereich?!

Die Situation bei der Joghurt-Fabrik ist ähnlich kritisch zu hinterfragen. Gemäß Presseberichten siedelte sich Fage, die Betreiberfirma, 2012 in Luxemburg wegen der nunmehr sehr umstrittenen Steuervorteilen an. Bis 2021 könnte Fage, gemäß *Lëtzebuurger Land*, weiterhin von Steuererleichterungen von 80% profitieren; zu welchen Bedingungen sie Zugriff auf das Land haben können, ist unbekannt. Die Luxemburger Landwirtschaft hat das Projekt offen in Frage gestellt: Fage kauft in der Tat "on the spot" zu billigsten Weltmarktpreisen Milch auf und stellt de facto keinen Mehrwert für die regionale Landwirtschaft dar.

Es ist aus vielen Hinsichten unklug, Wirtschaftspolitik - wie in diesen Fällen - weiterhin auf Steuerdumping und globale "player" zu setzen.

Bei Neuansiedlungen muss auch die Frage des gesellschaftlichen Mehrwertes eines Betriebes gestellt werden. Wollen wir ernsthaft weiterhin auf Steuerdumping und „globale Player“ setzen, oder wäre es nicht längstens an der Zeit, die regionale Wirtschaft in den Fokus zu rücken?!

Dies zudem wohl auch auf Kosten der griechischen Ökonomie....

Insofern gilt es die ehrliche Debatte auch über die Fragen des gesellschaftlichen Mehrwertes von wirtschaftlichen Aktivitäten zu führen und dabei soziale Aspekte und regionale Potentiale nicht auszugrenzen (wie dies bei der Rifkin-Studie der Fall war).

2.4. Rifkin-Strategie: ein Leitbild für politische Entscheidungen, jedoch nicht die alleinige Referenz!

Im Übrigen: wenn jetzt die Rifkin-Konformität in diesem Ausmaß als Referenz für Regierungsentscheidungen genommen wird, so ist dies eigentlich nicht legitim: es gibt seit langem (!) **andere verbindliche Strategien und Konzepte**, denen sich unser Land verpflichtet hat und die auf gleiche Ebene zu stellen sind oder sogar noch höher zu gewichten wären:

- der Nationale Aktionsplan "Klimaschutz"
- der Nationale Plan für nachhaltige Entwicklung
- das Programm der Landesplanung sowie die sektoriellen Pläne
- die spezifische Gesetzgebung im Umweltbereich...

Wenn man diese als **Entscheidungskriterien** nimmt, was eigentlich unabdingbar, ja sogar eine Selbstverständlichkeit sein müsste, dann wäre z.B. das Google-Projekt aus Nachhaltigkeitssicht kaum noch als zulässig anzusehen. Sowohl der Energie- als auch der Landverbrauch (und - nach gegenwärtigem Stand - auch der Wasserverbrauch) stehen den in den erwähnten Strategien formulierten Zielen diametral entgegen.

Doch auch die **Konformität eines Projektes mit regionalen und kommunalen Leitbildern** ist ein wichtiger Aspekt: so hat im Falle des Joghurt-Projektes die Gemeinde Bettemburg ein äußerst detailliertes und fachlich begründetes Gutachten abgegeben und einstimmig beschlossen, den Teilbebauungsplan (PAP) nicht zu genehmigen. Auch die Gemeinde Sassenheim steht der Steinwolle-Fabrik u.a. aus Gründen des Verkehrsaufkommens kritisch gegenüber.

Die Regierung kann sich natürlich über die Argumentation von kommunaler Seite hinwegsetzen: diese zeigt jedoch überdeutlich, dass es ein regelrechte „Malaise“ mit der derzeitigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung gibt.





Luxemburg hat viele, z.T. gute Pläne, die als Referenz für die Entwicklung des Landes dienen sollen. Nachhaltigkeitsplan, Klimastrategie, Leitlinien der Landesplanung und bei weitem nicht nur Rifkin. Allerdings müssen all jene Strategien weitaus konkreter mit Leben gefüllt werden (auch auf legaler Ebene), damit sie Auswirkungen in der Praxis haben können.

2.5. Digitalisierung kann positive Auswirkungen aus Nachhaltigkeitssicht haben - wirft jedoch auch neue Fragen auf!

Die Digitalisierung bietet sonder Zweifel Chancen u.a. aus ökologischer Sicht, z.B. durch Verbesserung von Organisationsstrukturen, Erhöhung von Energieeffizienz und z.T. auch Vermeidung von Ressourcenverbrauch.

Aber: Auf keinen Fall darf der Eindruck entstehen, als ob durch die Digitalisierung die Kernprobleme im ökologischen Bereich gelöst wären. Es gilt sogar bewusst zu thematisieren, dass der Digitalisierungsprozess neue Probleme aufwirft.

Ein Beispiel soll dieses Problem illustrieren: der sogenannte **Rebound-Effekt**. Dieser besagt, dass der durch neue Produktionsprozesse ggf. reduzierte Energie- und Ressourcenverbrauch häufig durch ein Mehr an Konsum, die Steigerung der Produktion, immer höhere Ansprüche usw. aufgeessen wird. Dies hat die Vergangenheit eindeutig aufgezeigt. Die Entwicklung der Fahrzeugflotte illustriert dies exemplarisch: Abgasemissionen sind zwar innerhalb der letzten 20 Jahre progressiv reduziert worden, durch größere Wagen jedoch und die steigenden Mobilitätsbedürfnisse des Einzelnen werden diese Einsparungen wieder aufgeessen...

Das „2 Grad-Ziel“ im Klimaschutzbereich aber z.B., erfordert eine drastische Reduktion des Energieverbrauchs und nicht „nur“ eine Energieeffizienzsteigerung, wie sie dank der Digitalisierung möglich wäre. Gleiches gilt u.a. für den Ressourcenhaushalt und die Umwelt

oder aber für den Landverbrauch, gerade jenes Gut, das in Luxemburg sehr begrenzt vorhanden ist!

Unsere Gesellschaften brauchen nicht nur eine **relative Entkoppelung** z.B. des Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum - d.h. eine effizientere Produktion - sondern wir brauchen dringend eine **absolute Reduktion!** Digitalisierung kann ohne Zweifel einen Beitrag dazu leisten, stellt aber nicht per se die Lösung dar. Auch auf dieser Ebene stellt die „Rifkin-Konformität“ von Betrieben deshalb kein ausreichendes Kriterium dar.

Exkurs: Stellt die Fokussierung auf weniger arbeitsintensive ökonomische Aktivitäten eine Lösung dar?

Es kommt in erster Linie darauf an den Ressourcenverbrauch (Arbeit, Fläche, Wasser, Rohstoffe, Emissionen etc.) in der Produktion (natürlich auch im Konsum) zu verringern.

Und wenn z.B. Google zwar wenig Arbeitsplätze schafft – aber mit erheblichen Belastungen für die Umwelt verbunden ist, so ist dies gerade eine absolut nicht wünschenswerte Entwicklung! Der Duktus: Weniger Arbeitsplätze bedeuten per se weniger Belastungen, ist nicht stichhaltig! Im Übrigen trifft dies, wie im Falle der Joghurtfabrik, auch auf die Verkehrsbewegungen zu: Rohstoffe (die, wie erwähnt möglichst billig „on the spot“ gekauft werden), müssen angeliefert und die Produkte nach ganz Europa oder Übersee ausgeliefert werden.

Das Motto kann unter Nachhaltigkeitsaspekten also nur lauten: Wachstum ohne zusätzlichen Ressourcenverbrauch - und ggf. nicht (nur) „weniger arbeitsintensiv“.

3

Voraussetzungen für eine nachhaltigere Orientierung der Wirtschaftspolitik schaffen: Vorschläge des Mouvement Ecologique

Kein Weg führt an einer Grundsatzdebatte über unser Wirtschaftsmodell vorbei. Wenn die Regierung es aber Ernst meint, mit ihren Vorstellungen des qualitativen Wachstums, dann muss sie heute umgehend die Instrumente ergreifen bzw. in die Wege leiten, die eine Voraussetzung für eine gewisse Reorientierung sind! Wobei weiterhin unklar ist, was unter „qualitativem“ Wachstum zu verstehen ist...



Die Diskussionen der letzten Wochen zeigen auf, wie wichtig es ist, eine reelle Diskussion darüber zu führen, welche ökonomische Entwicklung wir wirklich wollen und welche Steuerungsinstrumente wir uns geben, um diese Ziele erreichen zu können.

Dabei gilt es klare Kriterien zu entwickeln, die sowohl politisch als auch gesellschaftlich getragen werden!

Zusätzlich zu dieser absolut notwendigen grundsätzlichen Debatte über die Ausrichtung unseres Wirtschaftsstandortes, gilt es aber bereits heute die Maßnahmen zu ergreifen, die machbar und eindeutig notwendig für die nachhaltige Umgestaltung unseres Wirtschaftssystems sind.

3.1. Analyse über die politischen Lenkungsmöglichkeiten des Wirtschaftswachstums durchführen

In Debatten wird regelmäßig behauptet, das Wirtschaftswachstum wäre nicht „steuerbar“. Wobei im gleichen Atemzug, die gleichen Akteure, die dies behaupten, trotzdem gerne darauf hinweisen, die heutige gute wirtschaftliche Situation sei auf weise politische Entscheidungen zurückzuführen... Die Identifizierung wichtiger politischer Stellschrauben zur Steuerung des Wachstums ist dabei von grundlegender Bedeutung.

Zur Objektivierung einer Wachstumsdebatte gehören nun einmal das Aufzeigen und die Wertung der möglichen Lenkungsinstrumente der wirtschaftlichen Entwicklung (im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen und -kriterien).

An sich sollte noch vor dem Wahltermin eine solche Übersicht vorliegen, um (endlich) die Gestaltungsmöglichkeit der Politik aufzuzeigen und

somit auch die Diskussion um „qualitativen“ Wachstum (der Begriff stellt derzeit eine leere Worthülse dar!) zu bereichern. Außerdem kann nur so geklärt werden, ob und wie der Staat einen stringenteren Rahmen für die Wirtschaftsentwicklung setzen kann.

Der Aufruf demnach an das Nachhaltigkeits- und das Wirtschaftsministerium, gemeinsam diese Analyse durchzuführen und noch vor der Wahlkampagne vorzulegen!

3.2. Der regionalen Wertschöpfung eine wirtschaftspolitische Priorität einräumen!

Mit der Schaffung u.a. des Holz-Clusters wurde eine Idee u.a. des Mouvement Ecologique aufgegriffen, um - gemeinsam mit allen Akteuren - eine stärkere Inwertsetzung der einheimischen Holzproduktion zu fördern. Diese und andere Initiativen zur Förderung regionaler Produkte und Veredelungsprozesse z.B. im Landwirtschafts- und Gartenbaubereich - ist nach Meinung des Mouvement Ecologique verstärkt eine Priorität einzuräumen gegenüber der Ansiedlung von globalen Akteuren.

Dies muss sich auch in der konkreten Politik in Sachen Standorte für den Mittelstand niederschlagen:

Handwerkskreise monieren zu Recht, die Regierung würde sich scheinbar mehr ins Zeug legen, um Google bei der Standortwahl zu unterstützen, als den -zig Luxemburger Handwerksbetrieben, die einen neuen Standort suchen (und in nationalen Aktivitätszonen weiterhin kaum Zugang haben!).

Dringend geboten ist somit eine Debatte darüber, welchen Stellenwert wir vor allem der regionalen Wertschöpfung beimessen und wie wir diese reell stärken können.

Dies würde nach Ansicht des Mouvement Ecologique mit sich bringen, dass die **zur Verfügungstellung von Standorten** - im Besonderen auf interkommunaler / regionaler Ebene - **verstärkt auf den Mittelstand** orientiert wird, eine Landwirtschaftspolitik gefördert wird, im Rahmen derer (auch im Interesse der Landwirte selbst) direktere Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen entstehen, Betriebe im Konstruktionsbereich fitter gemacht werden für nachhaltige Bauweisen u.a.m.

3.3. Die Frage der mittel- und langfristigen Finanzierung des Sozialsystems nicht länger hinausschieben!

Zentrales Problem ist die derzeitige Abhängigkeit der Finanzierung des Luxemburger Sozialsystems vom Wirtschaftswachstum! Sogar wenn man daran glauben würde, Luxemburg solle und könne noch 10 oder 15 Jahre im heutigen Rhythmus anwachsen: spätestens dann würde sich den kommenden Generationen die Frage stellen. Denn die Argumentation ist ja folgende: nur mit einer Zunahme der Beitragszahler / der Einnahmen können die Sozialausgaben gedeckt werden, insofern ist ein Wachstum unerlässlich. Aber: wenn man diese Logik in die Zukunft extrapoliert, müsste Luxemburg unendlich anwachsen, das heißt ein Paradigmenwechsel ist unerlässlich. **Wenn man diesen nicht heute angeht – was an sich geboten wäre – verlagert man diese Herausforderung lediglich auf die kommenden Generationen.** Diese stehen dann aber zusätzlich vor der Tatsache, dass mit der Steigerung der Einwohnerzahl die Ansprüche an das Sozialsystem sogar noch weiter gestiegen sind...

Insofern vergrößern und verlagern wir das Problem der Finanzierung des Sozialsystems nur auf die kommenden Generationen – eine nicht nachhaltige Verschiebung in der Zeit!

Es gilt somit heute das Sozialsystem unabhängiger vom Wirtschaftswachstum zu gestalten.

Die Regierung sollte umgehend eine diesbezügliche Analyse in Auftrag geben, welche alternativen zusätzlichen Finanzierungsmodelle es gibt. Dabei darf die Frage einer verstärkten Kapital- und Finanztransaktionsbesteuerung auch für Luxemburger kein Tabu mehr sein. Die Diskrepanz zwischen der hohen Belastung des Faktors "Arbeit" gegenüber dem Faktor "Kapital" ist nicht hinnehmbar.

3.4. Verbindliche Umweltziele definieren – und über die Kommodo-Gesetzgebung hinaus rechtlich verankern!

Eigentlich gibt es zahlreiche Dokumente, in welchen generelle Nachhaltigkeits- und Umweltziele festgehalten werden: der Plan für nachhaltige Entwicklung (z.B. Verringerung der Bodenversiegelung), das Programm der Landesplanung (z.B. Priorität für die Entwicklung von zentralen Siedlungsorten – centres de développement et d'attraction), diverse EU-Vorgaben (z.B. Vorgaben für zulässige Belastung der Luft) u.a.m. Und trotzdem haben bis dato derartige generellen Ziele vielfach noch nicht Eingang in die alltägliche Praxis von Betriebsansiedlungen bzw. -genehmigungen gefunden. Bei diesen wird die Einzelsituation des Betriebes betrachtet, nicht aber die Gesamtauswirkungen auf die Umgebung bzw. dessen Impact auf generell definierte Umweltziele.

Dabei ist es gerade die Summierung von Einzelentscheidungen, die dazu führen kann, dass ökologischen Grenzen gesprengt werden.

Deshalb sollten u.a. zwei Maßnahmen ergriffen werden:

- **Festlegen von politisch und rechtlich verbindlichen quantitativen nationalen Umweltzielen**, was den Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch sowie die klimaschädlichen Emissionen betrifft;
- **Überarbeitung des juristischen Rahmens für Entscheidungen von Betriebsniederlassungen und –ausweitungen.** Neben der "bestmöglichen Technologie" müssen bei der Ansiedlung eines Betriebes oder einer Betriebsausbau auch die vorher genannten Umweltziele als Kriterium einbezogen werden.

Seitens des Umweltministeriums war im Übrigen eine Studie angekündigt worden über die natürliche Wachstumsgrenzen des Umweltraumes in Luxemburg (in Bezug auf Wasser, Luft, Boden, Fläche...). Es wird nach wie vor mit Spannung auf diese so wichtige Studie gewartet.

3.5. Nachhaltige Steuerreform durchführen !

Diese Regierung war mit dem Anspruch angetreten, eine tiefgreifende Steuerreform auch aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung durchzuführen. Wohl wurden einige isolierte Maßnahmen getroffen, eine grundsätzliche Neuorientierung erfolgte jedoch nicht!

Dies obwohl in Luxemburg Umweltsteuern im Jahre 2014 nur beschämende 5,25% der staatlichen Steuereinnahmen ausmachten, die relative Belastung des Kapitals auf ein historisches Tief von 21,2% gefallen war und 50,4% auf den Faktor Arbeit entfallen. **Wer die Schlagwörter von „qualitativem Wachstum“ nutzt muss umgehend den Umweltverbrauch weitaus stärker belasten, und so das Sozialsystem ggf. entlasten.**

Der Mouvement Ecologique hat die Regierung mehrfach aufgefordert, ihrem Regierungsversprechen nachzukommen und zumindest alle notwendigen Berechnungen und Daten auf den Tisch zu legen, damit die nächste Regierung über die notwendigen Fakten verfügt, um umgehend diese tiefgreifende Steuerreform anzugehen.

Trotz diverser Versprechen bleiben aber sogar entsprechende Schreiben an Finanzminister P. Gramegna ohne Antwort.

3.6. Abbau umweltschädlicher Subventionen

Ebenfalls in der Regierungserklärung versprochen wurde eine Analyse um heutige staatliche Subventionen zu identifizieren, die im Widerspruch zu einer nachhaltigen Politik stehen.

Derartige Analysen im Ausland haben aufgezeigt, dass **Länder vielfach erhebliche Gelder in nicht zukunftsfähige Projekte investieren, die anderweitig weitaus sinnvoller eingesetzt werden können.**

Eine derartige Analyse wurde von den zuständigen Ministerien zwar mehrfach angekündigt, Konkretes liegt aber immer noch nicht vor. Im Energie- und Verkehrssektor sind viele Subventionen als umweltschädlich bekannt – auch in der Landwirtschaft. Es geht aber nicht an, dass die Regierung Subventionen beschließt, ohne dass sie deren Umweltfolgen und andere Langfristeffekte berücksichtigt. Daher sollten die bestehenden Subventionsregime auf ihre Umweltverträglichkeit bzw. allgemeine Auswirkungen aus Sicht einer nachhaltigen Entwicklung überprüft werden.

3.7. Externe Kosten der Entwicklung diverser ökonomischer Aktivitäten berechnen und auf den Tisch legen!

Auf der Ebene des Tanktourismus erfolgte dies erstmalig in Luxemburg: Es wurde untersucht, in welchem Verhältnis die externen Kosten – sprich Umweltbelastung, notwendige Infrastrukturkosten u.a.m.– im Verhältnis zu den generellen Vorteilen / Einnahmen stehen.

Die Resultate dieser Berechnungen waren eindeutig: de facto “kostet” uns der Tanktourismus – bei Einbeziehung der externen Kosten - mehr als er einbringt.

Es ist bedauerlich, dass eine solche Analyse, die vom Wirtschaftsministerium auch für eine Reihe von industriellen Ansiedlungen ins Auge gefasst worden war, nicht verwirklicht wurde. Dies mit dem Argument, dass es “methodische Probleme” gäbe, um valide Aussagen treffen zu können.

Dabei würde sich eine derartige Analyse sicherlich dazu beitragen, objektive Fakten zu beschaffen, die eine Diskussionsgrundlage für die Ansiedlung von weiteren Betrieben in Luxemburg darstellen könnte.

3.8. Staatliche Förderung (Subventionen, Steuererleichterungen, Vergabe von Standorten) verstärkt an Nachhaltigkeits-Kriterien binden!

Für Nicht-Insider ist es schwer durchschaubar, von welchen staatlichen Subventionen ein Betrieb heute profitieren kann, welche steuerlichen Erleichterungen ihm ggf. unter Umständen zugestanden werden. Es ist nicht normal, dass keine Transparenz darüber besteht, welche Kriterien derzeit in der Wirtschaftsprospektion angewandt werden und inwiefern der Staat welche Firmen unterstützt. Es ist unabdingbar, dass das Wirtschaftsministerium hier weit transparenter kommuniziert und auch Nachhaltigkeitskriterien einbezieht.

Vor allem solle die zur Vergabe von staatlichem Bauland an strikte Kriterien gebunden werden!

Sowohl die Joghurtfabrik als auch die Steinwollefabrik möchten sich auf staatlichem Terrain ansiedeln. Es entspricht also nicht der Wahrheit, wenn der Wirtschaftsminister behauptet, man „müsse“ diese Betriebe zulassen.

Als Eigentümer des Landes ist die Regierung frei zu entscheiden, wem sie welches Land zur Verfügung stellen / verkaufen will oder nicht. Sicherlich soll dies nicht willkürlich “à la tête du client” erfolgen, sondern gemäß festgelegten, nachhaltigen und auch nachvollziehbaren Kriterien. Es wäre deshalb an der Zeit, dass sich die Regierung transparente Kriterien für den Verkauf oder die Zurverfügungstellung von Land geben und offen legen würde, im Interesse der Rechtssicherheit für alle Akteure.

Schlussfolgerungen

Luxemburg hat (gemeinsam mit Singapur) weltweit den höchsten Dienstleistungsanteil an der Bruttowertschöpfung (über 80 Prozent), Luxemburg hat mit das höchste BIP pro Kopf weltweit, das 2,5 fache des EU-Durchschnitts (zum Vergleich Deutschland: Das 1,2 fache des EU-Durchschnitts).

Insofern stellt sich durchaus die Frage, ob das stete Streben der Steigerung des Brutto sozialproduktes in diesem Ausmaß ein weiteres gesellschaftspolitisches Ziel darstellen soll. Themen wie Verteilungsgerechtigkeit (Wohin mit den Produktivitätsgewinnen?), Lebensqualität, Definition des Wohlstandes müssten weitaus stärker im Fokus stehen.

Auch die derzeitigen Debatten greifen zu kurz. Denn sogar eine Strategie, um die negativen Begleiterscheinungen des Wachstums zu reduzieren, wird schlussendlich nicht zum absolut notwendigen Umbau unseres Wirtschaftsmodells führen.... und stellt keine Antwort auf Mobilitätsprobleme, Wohnungsbaunot, Energie- und Ressourcenverbrauch, Biodiversitätsverlust dar. Außerdem gibt sie keine zufriedenstellende Definition dafür, welches der soziale und budgetäre Mehrwert einer wirtschaftlichen Diversifizierung sein soll.

Insofern stellt sich nicht die Frage, ob Luxemburg „es sich erlauben kann“ eine gezieltere Wirtschaftspolitik in die Wege zu leiten, sondern ob Luxemburg es sich weiter erlauben kann, durch eine Politik des weiteren Wachstums die erheblichen Probleme (nicht zu vergessen die externen Kosten) die mit dem Wachstum verbunden sind zu tragen.

Es führt kein Weg an der Notwendigkeit einer Grundsatzdebatte über unser Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell vorbei!